

Herrn Bundeskanzler
Sebastian Kurz
Ballhausplatz 2
1010 Wien
E-Mail: post@bka.gv.at

_____, am _____

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Im Lager Kara Tepe auf Lesbos und anderen griechischen Flüchtlingslagern hausen Tausende Frauen, Männer und Kinder unter schlimmsten Bedingungen.

Sie waren geflohen vor Krieg, Verfolgung, Gewalt, Ausbeutung oder wirtschaftlicher Aussichtslosigkeit. In der Hoffnung auf ein menschenwürdigeres Leben hatten sie ihre Heimat verlassen. Gelandet sind sie in gefängnisartigen Lagern, die tiefste Menschenverachtung ausdrücken und das Versagen der europäischen Flüchtlingspolitik offenbaren. Das Reden von „Hilfe vor Ort“ ist eher zynisch als hilfreich. Diese Lager müssen evakuiert werden.

Zu all ihrem Leid sind die Geflüchteten auch noch Opfer des politischen Kalküls in Europa geworden: Ihr Elend soll andere vor der Flucht nach Europa abschrecken. Nach dem Brand des Lagers Moria im September 2020 haben zehn Länder in Europa sich bereit erklärt, Flüchtlinge aufzunehmen. Österreich ist nicht dabei.

Die österreichische Bundesregierung verweigert bisher die Aufnahme von Geflüchteten aus diesen Lagern. Sie verweigert dies, obwohl es in bestehenden Flüchtlingseinrichtungen viele freie Plätze gibt und viele ÖsterreicherInnen Flüchtlinge aufnehmen wollen und zur Unterstützung bereit sind. Zahlreiche Hilfsorganisationen, KünstlerInnen, die Österreichische Bischofskonferenz, BürgermeisterInnen, LandespolitikerInnen, bis hin zum Bundespräsidenten haben sich in dieser Frage klar deklariert.

Österreich kann das Problem nicht allein lösen. Aber unser Land kann und muss einen Beitrag zur Lösung leisten.

Ich bitte Sie eindringlich:

- Lassen Sie sich berühren vom Leid dieser Menschen.
- Anerkennen Sie die moralische Verpflichtung Österreichs, zum Ende dieses Elends beizutragen.
- Ermöglichen Sie die Aufnahme einer begrenzten Anzahl von Geflüchteten aus den griechischen Lagern (zumindest 100 Familien mit Kindern).
- Treten Sie in den Gremien der EU für die Evakuierung dieser Lager und für eine Flüchtlingspolitik ein, die die Menschenwürde wahrt.

Was ich erwarte, ist keine Frage des Könnens, sondern des Wollens!

Herr Bundeskanzler, als Staatsmann sind Sie ständig gefordert, Probleme zu lösen. Die derzeitige Haltung der Österreichischen Bundesregierung zu dieser Frage ist jedoch eine absolute Nicht-Lösung. Ich appelliere deshalb eindringlich an Sie, Ihr striktes Nein zu überdenken und zu einer menschenwürdigen Lösung beizutragen.

Mit freundlichen Grüßen

PS: Die vergangenen Jahre haben viel Positives gezeigt: Die österreichische Politik und die Bevölkerung haben Tausenden Menschen geholfen und neue Lebensperspektiven ermöglicht. Viele sind inzwischen gut integriert und tragen durch ihre Arbeit und ihr Engagement zu unserem Lebensstandard bei. Entgegen vielfacher Befürchtungen ist unser Land seither weder krimineller noch ärmer geworden.